

Eine originelle Idee kommunaler Wohnungsbaupolitik

Autor(en): **W.F.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **28 (1953)**

Heft 12

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-102623>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

hier die Möbelkäufer mit 1822, also etwa einem Viertel, an der Spitze, gefolgt von den 1274 Käufern von Musikinstrumenten (vor allem Radios).

Der Kauf auf Abzahlung mag in bestimmten Fällen eine gewisse Berechtigung haben, in der Regel überwiegen die großen Nachteile. Die hier in einem kurzen Überblick dargestellte

Situation ist deshalb, sozialpolitisch betrachtet, recht unerfreulich. Aus dieser Erkenntnis gab auch Regierungsrat Wenk den Basler Jungbürgern zu bedenken: «Nicht abzahlen, sondern vorsparen, das ist der bessere Weg in der Freiheit des Handelns.»

Aus «Schweiz. Konsumverein»

Eine originelle Idee kommunaler Wohnungsbaupolitik

Die schottische Industriestadt Glasgow leidet wie wenige andere britische Städte an Übervölkerung. Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterschaft sind anerkanntermaßen untragbar. Über 34 000 Einzimmer- und fast 110 000 Zweizimmerhäuser bilden fast die Hälfte aller Wohnungen. (Bekanntlich sind Mehretagenhäuser in England nicht üblich.) 95 000 Wohnungssuchende sind amtlich vorgemerkt. Und der kommunale Wohnungsbau, der in Großbritannien ja weitaus den Löwenanteil des gesamten Bauvolumens hat und erhebliche Staatssubventionen genießt, kann selbst dem dringendsten Bedarf der Minderbemittelten nicht nachkommen. Trotz dieser Schwierigkeiten hat die heutige Stadtverwaltung unter der Herrschaft der Tories (die jetzt als «progressive» Partei zeichnen) den famosen Plan ausgeheckt, eine unlängst fertiggestellte Siedlung von sechshundert Häusern zu — verkaufen statt zu vermieten, um die Gemeindesteuern ermäßigen zu können!

Eine solche Maßnahme würde natürlich die gesamte Arbeiterschaft (bei ihrem gegenüber der Schweiz viel geringeren Lebensstandard) vom Genuß jener Wohnungen ausschließen und diese den besser situierten Bewerbern vorbehalten, welche die Anzahlung von 200 bis 300 Pfund bar hinlegen und wöchentlich 3 Pfund für die weiteren Kaufpreisen usw. leisten können. Damit wäre nur den bemittelteren Kreisen gedient, aus denen sich die Anhänger der konserva-

tiven Partei rekrutieren. Und hierin liegt das auch uns interessierende grundsätzlich Lehrreiche dieses typischen Beispiels einer Klassenpolitik, wie sie ausgerechnet von jenen Kreisen ausgeht, die sich nie genug tun können, dem Sozialismus einseitigen Klassencharakter vorzuwerfen.

Es mag in diesem Zusammenhang noch erwähnt werden, daß die Regierung, die durch ihre Subventionen und Rationierung der Baumaterialien die gesamte Bauwirtschaft weitgehend lenkt, bereits von sich aus die Errichtung von Wohnhäusern für den Verkauf in beschränkter Anzahl vorgesehen hat, und zwar für Ärzte, Lehrer und leitende Angestellte der Industrie. Der Gedanke solchen kommunalen Wohnungsbaues für den Verkauf liegt uns fern. Auch Großbritannien kannte ihn ursprünglich nicht. Erst im Jahre 1948 wurde die Beschränkung aufgehoben, daß städtische Wohnbauten ausschließlich der Vermietung an Arbeiter vorbehalten bleiben sollten.

Die heutigen Tory-Absichten erscheinen um so seltsamer, als auf dem freien Markt ständig zahlreiche Wohnhäuser für die hablicheren Schichten angeboten werden. Dennoch spielen die Konservativen mit dem Gedanken, nicht nur neu erstellte Bauten, sondern auch älteren städtischen Hausbesitz, der ursprünglich für die Minderbemittelten erstellt wurde, freihändig zu verkaufen.

W. F.

DIE SEITE DER FRAU

Erziehung unserer Kinder zu genossenschaftlichem Denken

Ich wuchs in einem stillen, abgelegenen Bauerndorf auf. Die Postkutsche, die in der benachbarten Scheune nächtigte, verband uns einzig mit der zwei Wegstunden entfernten Provinzstadt. Die Welt bestand für mich aus unserm Dorf mit seiner Achtklassenschule und dem größern Bauerndorf, in dem wir Sekundarschüler nach einstündigem Schulweg unser Wissen erweiterten. Vieles war uns unbekannt, was Stadtkindern damals schon zum Alltag gehörte.

Hätte man uns Bauernkinder aber gefragt, was eine Genossenschaft sei, wir hätten uns nicht lange besinnen müssen; denn unser Dorf lebte ja ganz im Zeichen einer landwirtschaftlichen Genossenschaft. Was unsere Väter zu verkaufen hatten, brachten sie an bestimmten Verladetagen zur Bahn, wo der VOLG, der Verband ostschweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften, durch seine Vertreter die Kartoffeln und Äpfel, Weizen und Hafer in Empfang nahm. Die Milch aus dem Stall wurde jeden Morgen und Abend in die zentrale Milchstelle der Genossenschaft gebracht, die Dreschmaschine der Genossenschaft machte jeden Herbst ihren «Kehr» bei allen Bauernhöfen — und was Mutter für unsern Haushalt brauchte, die Hörnli, die Stumpen für den Vater und den Stoff für meinen Sonntagsrock, alles holte sie im Konsum, dem Ver-

kaufsladen unserer Genossenschaft. Reisen, die die Eltern und größeren Geschwister unternehmen konnten, wurden durch die Genossenschaft organisiert. Man fuhr, als in spätern Jahren Autocars bestellt werden konnten, gemeinsam über den Gottard oder an den Bielersee.

So wurde uns Bauernkindern Tag für Tag in lebendigem Anschauungsunterricht vor Augen geführt, daß jeder einzelne, auf sich allein gestellt, schwach bleiben müsse, im Zusammenschluß und der Einigkeit jedoch der Schlüssel zu gemeinsamem Fortschritt und Wohlergehen liege.

So selbstverständlich können heutige Stadtkinder nicht in die genossenschaftliche Gedankenwelt hineinwachsen. Oder sollte man annehmen, daß Familien, die in Genossenschaftswohnungen zuhause sind, auch täglich ähnlichen Anschauungsunterricht erleben? Dies allein dadurch, daß sie gesund, schön und preiswert wohnen können? Für gewöhnlich erwirbt man die Zugehörigkeit zur Baugenossenschaft durch die Übernahme der erforderlichen Anteilscheine und zieht, wenn man Glück gehabt hat, in eine fertigerstellte neue Siedlung ein. Ein großer Teil der neuen Genossenschafter hat vorerst keinerlei nähere Beziehung zur Genossenschaft; man ist bei den heutigen schwierigen Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkt einfach